

# Die entscheidende Säule

Gerechte Startchancen in der sozialen Marktwirtschaft? Nur eine aktive Bildungspolitik kann faire Teilhabe am Wettbewerbssystem sichern. Sie wird im Gedankengebäude der sozialen Marktwirtschaft bisher sträflich vernachlässigt.

Die Idee der sozialen Marktwirtschaft trägt ein doppeltes Versprechen in sich. Zum einen die Marktwirtschaft: Sie sichert den Menschen Freiheit und faire Beteiligung am Wettbewerb zu, was insgesamt zu hoher Produktivität führt und gesamtwirtschaftlichen Wohlstand sichert. Zum anderen das Soziale: Wer in der Wettbewerbswirtschaft ohne eigenes Verschulden unter die Räder kommt – denn der Markt ist nicht „gerecht“ –, dem verspricht sie eine soziale Absicherung. Mit diesem Leitbild sind wir in Deutschland seit Ludwig Erhards Zeiten insgesamt sehr gut gefahren: Wir leben in historisch unvergleichlichem Wohlstand, und nur wenige fallen gänzlich durch das Raster.

## CHANGENGLEICHHEIT UND FREIHEIT

Gleichwohl scheint die Akzeptanz dieser Gesellschaftskonzeption zunehmend zu schwinden. Warum? Eine entscheidende Ursache dürfte darin liegen, dass den Menschen offenkundig ist, dass in unserem Gesellschaftssystem eben keine Chancengerechtigkeit herrscht. In einem freien System ist es unausweichlich, dass es keine Gleichheit der Ergebnisse gibt. Solange das auf unterschiedlichen Anstrengungen beruht, ist es sogar erwünscht. Aber eine Gleichheit der Chancen sollte es so weit wie möglich geben – das ist der für die Akzeptanz einer Gesellschaftsordnung vermutlich wichtigste Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit.

Und hierin besteht das große Problem: Das Individuum existiert im Gedankengebäude der sozialen Marktwirtschaft gleich als Erwachsener. Aber die Realität lehrt uns: In dem Alter, in dem der Mensch gemeinhin als mündig angesehen wird, für sich selbst Entscheidungen zu treffen, ist der Zug für viele längst abgefahren. Das liegt an der aus der modernen Wirtschaftswissenschaft nicht mehr wegzudenkenden zentralen wirtschaftlichen Rolle einer guten Bildung, die zu großem Teil in Kindheit und Jugend erworben wird: Das vermittelte Wissen und Können, die erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen sind es, die die Produktivität der Beschäftigten und damit ihr Einkommenspotenzial ausmachen.

## GUTE BILDUNG ERÖFFNET LEBENSCHANCEN

So haben Personen mit Hochschulabschluss derzeit bei uns eine Arbeitslosenquote von 2,4 Prozent, Personen mit abgeschlossener Lehre 5,1 Prozent und Personen ohne Berufsbildungsabschluss 19,6 Prozent, in Ostdeutschland sogar 31,8 Prozent. Das durchschnittliche Einkommen von Personen mit Hochschulabschluss ist rund 70 Prozent höher als das von Personen mit abgeschlossener Lehre und etwa doppelt so hoch wie das von Personen ohne Berufsbildungsabschluss. Die Chancen am Arbeitsmarkt hängen



**Ludger Wößmann**, 40, ist Professor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Bildungsökonomik an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Außerdem leitet er den Bereich Humankapital und Innovation am ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München.

also entscheidend davon ab, ob man eine gute Bildung bekommen hat.

Hierzulande kommt aber etwa jeder fünfte 15-Jährige im Pisa-Test nicht über das Grundschulniveau hinaus. In jedem Jahrgang bleiben rund 18 Prozent ohne jeglichen beruflichen Bildungsabschluss. Und es ist nicht zufällig, wer in diese Kategorien fällt: Es gibt kaum ein Land, in dem die Kompetenzen am Ende der Mittelstufe eine größere Streuung aufweisen und stärker vom sozioökonomischen Hintergrund abhängen als in Deutschland. Selbst wenn wir nur Kinder miteinander vergleichen, die objektiv *dasselbe* gemessene Kompetenzniveau aufweisen, ist die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, für ein Kind aus einer Akademikerfamilie viermal so hoch wie für ein Kind aus einer Arbeiterfamilie. Von Jugendlichen, deren Vater einen Hochschulabschluss erworben hat, nehmen 71 Prozent selbst ein Studium auf – aber nur 24 Prozent der Kinder von Vätern ohne Hochschulabschluss.

All dies belegt: Im Ursprungsland der sozialen Marktwirtschaft ist es mit der Chancengleichheit schlecht bestellt. Einem ganzen Teil der Bevölkerung sind, wenn sie mündig werden, aufgrund ei-

ner qualitativ unzureichenden Bildung schon viele Zukunftschancen verbaut. Und ein Großteil der Entscheidungen über den Bildungsweg – von der frühkindlichen Erziehung bis zur Wahl der weiterführenden Schule – liegt nicht in der Hand der Individuen selbst, sondern ihrer Erziehungsberechtigten.

## BILDUNG IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Deshalb muss Bildungspolitik als Instrument zur Herstellung gleicher Startchancen eine – vermutlich die – entscheidende Säule im Gedankengebäude der sozialen Marktwirtschaft sein. Aber sie wird sträflich vernachlässigt. Bei den Vätern der sozialen Marktwirtschaft kam Bildung nicht als wesentlicher Bestandteil vor. Wem es aber um die Schaffung einer zugleich freiheitlichen und menschenwürdigen Ordnung von Gesellschaft und Wirtschaft geht, für den muss Bildungspolitik ins Zentrum rücken. Denn die Akzeptanz eines freiheitlichen Systems hängt davon ab, ob es die Menschen in die Lage versetzt, von den Möglichkeiten zu profitieren, die sich in einer freien Wirtschaft bieten. Und dazu müssen sie zu dem Zeitpunkt, an dem sie beginnen, selbstständig über ihren Lebensweg zu entscheiden, die gleichen Startchancen haben – ungeachtet der gesellschaftlichen Stellung ihrer Familie.

Das muss Aufgabe des Gemeinwesens sein. Dabei geht es nicht darum, die Bürger zu bevormunden oder an ihrer freien Entfaltung und der ihrer Familien zu hindern. Es geht um die Ermöglichung von Freiheit, nämlich für die Kinder, die noch nicht selbst

ILLUSTRATION: QUICKHONEY

über die entscheidenden Weichenstellungen verfügen dürfen – damit ihnen in ihrer Zukunft eine freiheitliche Lebensentfaltung möglich ist. Gute Bildung muss zur eigenverantwortlichen Teilnahme am gesellschaftlichen Leben befähigen.

Für Kinder, deren Familien nicht schon von sich aus sicherstellen, dass ihr volles Bildungspotenzial ausgeschöpft wird, hat der Staat eine fundamentale Aufgabe, aus deren Verantwortung er sich nicht stehlen darf.

### CHANCEN DURCH FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Das ist leichter gesagt als getan. Bildungspolitik ist nicht allmächtig. Die Schule kann nicht komplett ersetzen, was in den Familien versäumt wird. Hier darf man sich keinen Illusionen hingeben. Aber gleichwohl gibt es klare empirische Belege dafür, dass Bildungspolitik etwas bewegen kann. Ein erster zentraler Ansatzpunkt dafür ist die frühkindliche Bildung. Es ist belegt, dass frühkindliche Bildungsprogramme sehr effektiv sein können in der Förderung langfristiger Bildungs- und Arbeitsmarkterfolge, gerade für Kinder aus problembelasteten familiären Verhältnissen – insbesondere dann, wenn sie die Eltern involvieren und ihnen bei der Lösung erzieherischer Probleme helfen. Wie der Wirtschaftsnobelpreisträger James Heckman gezeigt hat, sind die Erträge von Bildungsinvestitionen am höchsten, wenn sie früh im Lebenslauf ansetzen und auf Kinder mit benachteiligtem Hintergrund abzielen.

Deshalb muss endlich Ernst gemacht werden mit öffentlicher Finanzierung von qualitativ hochwertiger frühkindlicher Bildung, mit besonderem Fokus auf Kinder aus bildungsfernen Schichten. Im Vergleich zu anderen Ländern gibt der Staat in Deutschland pro Kind relativ wenig im frühkindlichen Bereich aus, aber relativ viel pro Student im Hochschulbereich. Wir machen es genau falsch herum: Dort, wo die Grundlagen für Chancengleichheit gelegt werden, hält sich der Staat zurück; dort, wo Mündigkeit und Eigenverantwortung gefragt wären, greift der Staat ein.

### BETREUUNGSGELD WIRKT KONTRAPRODUKTIV

Stattdessen drängt gerade die Partei, die am ehesten die soziale Marktwirtschaft hochhält, auf die Einführung eines Betreuungsgeldes, das Eltern dann zusteht, wenn ihre Kinder nicht die frühkindlichen Bildungseinrichtungen besuchen. Es liegt nahe, dass das Betreuungsgeld in erster Linie die Entscheidungen von Familien beeinflusst, in denen es auf jeden Euro ankommt. Das sind aber genau diejenigen Schichten, für deren Kinder der Besuch frühkindlicher Bildungseinrichtungen besonders wichtig wäre. Das Betreuungsgeld dürfte also dazu beitragen, Kinder mit sozial schwachem Hintergrund aus den Krippen fernzuhalten – aus Sicht der Chancengerechtigkeit ausgesprochen kontraproduktiv.

Beim aktuellen Ausbau von Krippenplätzen wird zudem viel zu wenig bedacht, wie eine hohe Qualität der frühkindlichen Bildung zu erreichen ist. Krippen und Kindergärten müssen nicht als „Kinderaufbewahrungsstätten“, sondern als Einrichtungen der frühkindlichen Bildung verstanden werden.

Es geht nicht darum, schon Kleinkinder Lern- und Leistungsdruck auszusetzen, sondern um die Integration eines spielenden Lernens in den Tagesablauf. Jedes Kind ist wissbegierig; dies gilt es zu fördern. Es ist an der Zeit, auch in Deutschland den Status von Erzieherinnen und Erziehern aufzuwerten und eine entsprechende Erweiterung und Aufwertung ihrer Ausbildung – und Bezahlung – anzugehen.

### NICHT SO FRÜH AUFTEILEN

Ein zweiter zentraler Hinderungspunkt für Chancengleichheit ist die frühe Aufteilung auf verschiedene Schularten. Es gibt zahlreiche Belege dafür, dass eine spätere Aufteilung die Chancen von Kindern aus benachteiligtem Hintergrund erhöhen würde, ohne dass darunter die besten Schüler leiden. In der Realität hängt die frühe Übertrittsentscheidung in die weiterführende Schulart einfach sehr stark von der Herkunft der Kinder und zu wenig von ihrer tatsächlichen Befähigung ab. Wohlgermerkt geht es bei der

ausgleichenden Wirkung einer späteren Aufteilung nicht um die deutsche Form der Gesamtschule, denn die tritt ja als weitere Schulform neben die bereits bestehenden.

Manche sehen in einer Abkehr von der frühen Aufteilung bereits den Untergang des Abendlandes kommen. Aber das Abendland macht das schon lange nicht mehr – die Aufteilung mit zehn Jahren gibt es außer bei uns und in Österreich nirgendwo mehr. Nationen wie Finnland, Großbritannien und auch Schweden haben die frühe Selektion spätestens in den Siebzigerjahren aufgegeben. Zwei Drittel der entwickelten Länder teilen die Kinder frühestens mit 15 Jahren auf.

Die bürgerliche Gemeinschaftsschule, die allen Schichten ein Recht auf Teilhabe an guter Bildung gewährt, hat überall längst Einzug gehalten – außer bei uns.

Das Problem der ideologisierten deutschen Bildungsdebatten seit den Sechzigerjahren lag vor allem darin, dass die Idee eines integrierenden Systems gedanklich immer mit der Ablehnung von Leistung und Wettbewerb verbunden wurde. Es ist eine ebenso falsche wie verhängnisvolle Verknüpfung im deutschen Denken zu meinen, dass gemeinsamer Unterricht für alle mit einem Absenken des Leistungsanspruchs einhergehen müsse.

Wir benötigen beides, sowohl die Abkehr vom selektiven System als auch klare Leistungsorientierung und Wettbewerb, damit alle Kinder eine hervorragende Bildung erlangen, die ihnen alle Chancen für einen erfolgreichen Lebensweg eröffnet. ■

»Die bürgerliche Gemeinschaftsschule gibt es überall – außer bei uns«